Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

18. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 11. November 1964

Nummer 54

Glied.-Nr.	Datum	Inhalt	Seite
54	29. 10. 1964	Verordnung zur Ausführung des Bundesleistungsgesetzes (AV. BLG)	319
7124	24. 10. 1964	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Errichtung von Prüfungsausschüssen für die Abnahme der handwerklichen Meisterprüfung	320

54

Verordnung zur Ausführung des Bundesleistungsgesetzes (AV. BLG)

Vom 29. Oktober 1964

§ 1

In den Fällen, in denen die höhere Verkehrsbehörde, die oberste oder die höhere Straßenbaubehörde, die höhere Wasserbehörde oder die oberste Verkehrsbehörde des Landes Anforderungsbehörden sind (§ 2 Abs. 1 Nr. 5, Abs. 2 Nr. 1, 3 und 4 der Rechtsverordnung über Anforderungsbehörden und Bedarfsträger nach dem Bundesleistungsgesetz vom 1. Oktober 1961 — BGBl. I S. 1786 —), sind die kreisfreien Städte und Landkreise Vollzugsbehörden im Sinne des § 7 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes vom 27. April 1953 (BGBl. I S. 157).

§ 2

(1) Im Bereich der Landesverwaltung sind zuständige Behörden

- für die Zustimmung zur Wiederbenutzung eines Grundstücks, auf dem infolge eines Manövers oder einer anderen Übung erhebliche Schäden entstanden sind (§ 66 Abs. 2 Satz 3 des Bundesleistungsgesetzes in der Fassung vom 27. September 1961 — BGBl. I S. 1770 —), für die Entgegennahme der Anmeldungen von Manövern und anderen Übungen (§ 69 Satz 1 des Bundesleistungsgesetzes), für den Abschluß von besonderen Vereinbarungen über die Anmeldung und Bekanntgabe von Übungen (§ 69 Satz 4 des Bundesleistungsgesetzes)

bei Teilnahme von Einheiten

- bis zur Stärke eines Bataillons oder eines entsprechenden Verbandes die Hauptverwaltungsbeamten der kreisfreien Städte und der Landkreise, wenn das Manöver oder die andere Übung ausschließlich innerhalb des Gebietes einer kreisfreien Stadt oder eines Landkreises stattfinden soll, im übrigen die Regierungspräsidenten;

- bis zur Stärke eines Bataillons bis zur Stärke einer Brigadegruppe oder eines entsprechenden Verbandes die Regierungspräsidenten;
- in Stärke von mehr als einer Brigadegruppe oder eines entsprechenden Verbandes der Innenminister;

- für die Erklärung, welche Grundstücke wegen der land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung oder als Wasserschutzgebiet als besonders schutzbedürftig anzusehen sind (§ 68 Abs. 2 Nr. 2 des Bundesleistungsgesetzes) die Regierungspräsidenten;
- für die ortsübliche Bekanntmachung von Manövern und anderen Übungen (§ 69 Satz 3 des Bundesleistungsgesetzes) die amtsfreien Gemeinden und Ämter.

(2) Örtlich zuständig sind die Behörden, in deren Bezirk das Manöver oder die andere Übung stattfinden soll (Absatz 1 Nr. 1 und 3) oder das als besonders schutzbedürftig zu erklärende Grundstück belegen ist (Absatz 1 Nr. 2).

§ 3

(1) Verwaltungsbehörden im Sinne des § 73 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 25. März 1952 (BGBl. I S. 177) sind, soweit es sich um Zuwiderhandlungen gegen das Bundesleistungsgesetz handelt, die Anforderungsbehörden.

(2) Sie entscheiden auch über die Abänderung und Aufhebung eines rechtskräftigen, gerichtlich nicht nachgeprüften Bußgeldbescheides (§ 66 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten).

§ 4

Im Sinne der Rechtsverordnung über Anforderungsbehörden und Bedarfsträger nach dem Bundesleistungsgesetz sind

- höhere Straßenbaubehörden (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 der Rechtsverordnung) die Landschaftsverbände;
- höhere Wasserbehörden (§ 2 Abs. 2 Nr. 3 der Rechtsverordnung) die Regierungspräsidenten.

§ 5

Die für die Bedarfsträger im Sinne der §§ 6 und 7 der Rechtsverordnung über Anforderungsbehörden und Bedarfsträger nach dem Bundesleistungsgesetz handlungsberechtigten Behörden sind

1. für das Land

die Landesbehörden im Rahmen ihrer fachlichen Zuständigkeiten und bei Gefahr im Verzuge die Hauptverwaltungsbeamten der kreisfreien Städte und der Landkreise, soweit es sich um den Bedarf des überörtlichen Luftschutzhilfsdienstes handelt;

2. für die Gemeinden und Gemeindeverbände, auch soweit sie Träger der Sozialhilfe sind,

die Hauptverwaltungsbeamten;

3. für die Zweckverbände, die der öffentlichen Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser oder der Abwasserbeseitigung dienen oder Krankenhäuser unterhalten, die Verbandsvorsteher.

§ 6

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Ausführung des Bundesleistungsgesetzes vom 11. Dezember 1956 (GV. NW. S. 335) außer Kraft.

Die Verordnung wird erlassen

a) von der Landesregierung nach Anhörung des Landtagsausschusses für innere Verwaltung auf Grund des

§ 5 Abs. 1 des Ersten Vereinfachungsgesetzes vom 23. Juli 1957 (GV. NW. S. 189),

b) von der Landesregierung auf Grund des § 44 Abs. 2 des Bundesleistungsgesetzes und des § 5 Abs. 2 des Ersten Vereinfachungsgesetzes,

c) vom Innenminister, Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr und Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf Grund des § 66 Abs. 2 und des § 73 Abs. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten.

Düsseldorf, den 29. Oktober 1964

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

Dr. Meyers

(L.S.)

Der Innenminister

zugleich für den Minister für Wirtschaft, Mittelstand

und Verkehr

Weyer

Der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Niermann

Der Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten
Franken

— GV. NW. 1964 S. 319.

7124

**Dritte Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Errichtung
von Prüfungsausschüssen für die Abnahme der hand-
werklichen Meisterprüfung
Vom 24. Oktober 1964**

Auf Grund von § 42 Abs. 1 Satz 3 der Handwerksordnung vom 17. September 1953 (BGBl. I S. 1411) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen vom 3. Juli 1961 (BGBl. I S. 856) und mit § 1 der Verordnung über die Übertragung von Ermächtigungen der Landesregierung zum Erlaß von Rechtsverordnungen vom 17. Oktober 1961 (GV. NW. S. 285) wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung über die Errichtung von Prüfungsausschüssen für die Abnahme der handwerklichen Meisterprüfung vom 5. Dezember 1961 (GV. NW. S. 366), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. September 1962 (GV. NW. S. 544), wird wie folgt geändert:

In § 1 wird

1. in Gruppe II

die Bestimmung über den Prüfungsausschuß für Kraftfahrzeug-Elektriker mit der Zuständigkeit für die Kammerbezirke Köln und Aachen und mit dem Sitz bei der Handwerkskammer Köln gestrichen,

2. in Gruppe VII

a) die Bestimmung über den Prüfungsausschuß für Glasschleifer und Glasätzer mit der Zuständigkeit

für den Landesteil W und mit dem Sitz bei der Handwerkskammer Bielefeld gestrichen,

in der Bestimmung über den Prüfungsausschuß für Glasschleifer und Glasätzer mit der Zuständigkeit für den Landesteil N und mit dem Sitz bei der Handwerkskammer Köln in Spalte 2 „Landesteil N“ gestrichen und durch „NW“ ersetzt,

b) in der Bestimmung über den Prüfungsausschuß für Schriftsetzer mit der Zuständigkeit für die Kammerbezirke Dortmund, Arnsberg, Münster und mit dem Sitz bei der Handwerkskammer Dortmund in Spalte 2 das Wort „Münster“ gestrichen,

c) in der Bestimmung über den Prüfungsausschuß für Drucker mit der Zuständigkeit für die Kammerbezirke Dortmund, Arnsberg, Münster und mit dem Sitz bei der Handwerkskammer Dortmund in Spalte 2 das Wort „Münster“ gestrichen.

Artikel II

Die bisher zuständigen Meisterprüfungsausschüsse führen die bei ihnen anhängigen und bis zum 30. November 1964 noch nicht abgeschlossenen Prüfungsverfahren durch.

Artikel III

Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1964 in Kraft.
Düsseldorf, den 24. Oktober 1964

Der Minister

für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen

Kienbaum

— GV. NW. 1964 S. 320.

Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

In der Regel sind nur noch die Nummern des laufenden und des vorhergehenden Jahrgangs lieferbar.

Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.

Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Gesetz- und Verordnungsblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 6,60 DM, Ausgabe B 7,70 DM.